

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 62 (1970)
Heft: 2

Artikel: Lohn- und Strukturpolitik der schwedischen Gewerkschaften
Autor: Hauser, Urs
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354430>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Lohn- und Strukturpolitik der schwedischen Gewerkschaften

Eine schweizerische Firma der Bekleidungsbranche hat Ende 1969 dem Schwedischen Gewerkschaftsbund (LO) geschrieben. Es wurde in diesem Brief eine Reihe von Fragen gestellt, insbesondere über die Abwanderung schwedischer Textil- und Bekleidungsbetriebe ins Ausland, über die Lohnpolitik der schwedischen Gewerkschaften und den Handel mit dem Ostblock. Unser Schweizer Freund Urs Hauser, der seit Jahren in Schweden lebt und für die LO arbeitet, hat im Namen des Schwedischen Gewerkschaftsbundes diese von Unternehmerseite gestellten Fragen beantwortet. Seine Ausführungen sind von grundsätzlicher Bedeutung und geben Aufschluss über einige wichtige Aspekte der Lohnpolitik der schwedischen Gewerkschaften. Das Antwortschreiben von Urs Hauser dürfte die Leser der «Gewerkschaftlichen Rundschau» interessieren.
(Redaktion «Rundschau»)

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 17. November möchten wir folgende Feststellung machen:

Die Schwierigkeiten der schwedischen Textilindustrie infolge der gewerkschaftlichen Lohnpolitik

Es ist wahr, dass sich schon seit einigen Jahren eine Reihe von schwedischen Textil- und Konfektionsbetrieben in Schwierigkeiten befindet, während sich andere Unternehmen in der internationalen Konkurrenz immer noch gut behaupten können. In einem neulich veröffentlichten Bericht einer staatlichen Expertenkommission wird festgestellt, dass das Lohnniveau in der Textil- und Konfektionsindustrie im Vergleich zum Ausland sehr hoch ist, dass der Import von Niedrigpreiswaren sehr stark angestiegen ist, und dass die Etablierung von schwedischen Tochtergesellschaften im Ausland expandiert hat. Bei Tarifverhandlungen vertreten die Arbeitgeber oft die Ansicht, dass die Lohnpolitik der Gewerkschaften zu diesen Schwierigkeiten noch beitrage. Es ist eine Tatsache, dass die schwedischen Gewerkschaften nicht gewillt sind, auf die Ertragslage einzelner Unternehmen Rücksicht zu nehmen. Wir glauben nicht, dass man versuchen soll, Unternehmen auf dem Wege der Lohnpolitik zu subventionieren, was ja geschehen würde, wenn unrentable Unternehmen mit niedrigeren Lohnkosten belastet würden.

Die solidarische Lohnpolitik

Unsere solidarische Lohnpolitik findet ihren Ausdruck vor allem darin, dass wir versuchen, für die Niedrigentlohten bedeutend grössere Lohnerhöhungen zu erzielen, als für die Arbeitnehmer mit normalen Löhnen. Wenn dadurch unrentable Unternehmen früher aus dem Markt ausgeschieden werden, als sonst der Fall sein würde,

wird demzufolge natürlich auch die Rate von Freisetzungen erhöht. Deshalb müssen auch behördlicherseits vergrösserte Anstrengungen unternommen werden, um auf dem Wege einer aktiven Arbeitsmarktpolitik den freigesetzten Arbeitnehmern neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu verschaffen, und sie in die Lage zu setzen, diese Möglichkeiten auch wahrnehmen zu können. Das wesentlichste Mittel ist dabei die Umschulung. Gesamtwirtschaftlich gesehen ist eine durch solche Massnahmen beschleunigte strukturelle Umstellung der Industrie profitabel, weil dadurch in einer Vollbeschäftigungswirtschaft knappes Kapital und knappe Arbeitskräfte, die unwirtschaftlich eingesetzt werden, in die wirtschaftlicheren und expansiven Bereiche überführt werden, wo die Nachfrage besonders gross ist und Engpässe oft die weitere Entwicklung verlangsamen und einen inflationären Druck hervorrufen.

Auslandskonkurrenz

Aehnliche Ueberlegungen können auch in bezug auf die Auslandskonkurrenz angestellt werden. Wenn bestimmte Produkte im Ausland billiger hergestellt und auf dem einheimischen Markt billiger angeboten werden können, ist es lohnend, die eigene Produktion einzuschränken und dadurch eingesparte Arbeitskräfte und Kapital freizusetzen und auf Gebieten zu verwenden, wo die eigene Konkurrenzkraft grösser ist.

Dies gilt auch in bezug auf die Textil- und Konfektionsindustrie. Allerdings muss dabei die Einschränkung gemacht werden, dass die einheimische Industrie zu gleichen Bedingungen wie die ausländische konkurrieren können soll. In Schweden hat man feststellen können, dass die Textil- und Konfektionsindustrie durch die staatliche Einkaufspolitik benachteiligt worden ist. In Schweden wie in vielen anderen Ländern ist der öffentliche Sektor (vor allem die Armee) der grösste Kunde der Textil- und Konfektionsindustrie. Wenn dieser Kunde in Schweden anders auftritt als in den anderen Ländern, so bedeutet dies eine Benachteiligung der schwedischen Industrie und eine Schwächung ihrer Konkurrenzkraft. Aus diesem Grunde wurde eine staatliche Expertenkommission beauftragt, sich mit diesem Problem zu befassen und diesbezügliche Empfehlungen zu machen.

Sanierungsmassnahmen

Die Expertenkommission macht in ihrem Bericht die folgenden Vorschläge:

1. Bei den staatlichen Bestellungen soll in grösserem Umfang ein System von vorläufigen Bestellungen mit langen Lieferfristen zur Anwendung kommen, damit die einzelnen Unternehmen ihre Produktion auf längere Sicht planen können. Besonders die kleineren

und mittelgrossen Unternehmen werden dadurch in die Lage versetzt, bei der Offerteneingabe konkurrenzfähigere Angebote zu machen.

2. Aus ähnlichen Gründen werden stehende langfristige, periodisch zu revidierende Aufträge vergeben.
3. Die betroffenen Behörden und Unternehmen in der Branche bilden gemeinsame Arbeitsgruppen für die Produkteentwicklung.
4. Die Behörden vergeben Entwicklungs- und Forschungsaufträge an konkurrenzfähige Unternehmen.
5. Für die Exportförderung werden Kreditgarantien und Zuschüsse zur Finanzierung besonderer Projekte gewährt (Budget: 9 Mio Schwedische Kronen = rund 7,5 Mio Fr.).
6. Zur Hebung des technischen Könnens wird ein dreijähriges Ausbildungsprogramm für Betriebsleiter, Designer, Arbeitstechniker und Gewerkschaftsvertreter durchgeführt (Budget: 4,1 Mio Schwedische Kronen = rund 3,5 Mio Fr.).

Die Gewerkschaften stimmen diesen Vorschlägen im wesentlichen zu. Einige dieser Empfehlungen sind direkt auf gewerkschaftliche Initiativen zurückzuführen. Es liegt im gewerkschaftlichen Interesse, dass mit solchen und ähnlichen Massnahmen zu einer Sanierung der Industrie beigetragen wird, vor allem deshalb, weil grosse Teile der sich in Schwierigkeiten befindenden Textil- und Konfektionsindustrie ihren Schwerpunkt in beschäftigungsschwachen Gebieten haben.

Der Osthandel und die Niedrigpreiskonkurrenz

Sie weisen in Ihrem Schreiben daraufhin, dass Erzeugnisse aus Ländern mit niedrigen Löhnen, schlechten Sozialbedingungen und regierungskontrollierten Gewerkschaften importiert werden, wo die Lohnkosten niedriger sind, die Produkte auf dem Exportmarkt deshalb preisgünstiger angeboten werden können und die Industrie in Ländern wie Schweden und die Schweiz dadurch in Schwierigkeiten gerät. Sie weisen dabei besonders auf die Länder des Ostblocks hin, und stellen die Frage, ob die Gewerkschaften bereit seien, für eine Aenderung der Verhältnisse einzutreten.

Wir möchten dazu nur kurz bemerken, dass wir uns sehr aktiv am Kampfe des Internationalen Bundes freier Gewerkschaften für die Herstellung freier Gewerkschaftsrechte überall in der Welt beteiligen. Ein Abbruch der schwedischen Handelsbeziehungen mit dem Ostblock wäre jedoch mit der schwedischen Neutralität nicht vereinbar und wird deshalb von den schwedischen Gewerkschaften nicht befürwortet.

Uebrigens hat der Handel der Comecon-Länder mit den Industrieländern des Westens bisher nur einen verhältnismässig bescheidenen

Umfang erreicht, und macht nur wenige Prozente ihres gesamten Aussenhandels aus. Der Hauptteil des Aussenhandels der Comecon-Länder vollzieht sich innerhalb des Ostblocks. Zudem erfolgt ein beträchtlicher Teil des Handels mit Aussenstehenden auf Grund politischer und nicht kommerzieller Erwägungen, so dass der verbleibende, normale Aussenhandel mit Drittländern volumenmässig nicht sehr ins Gewicht fällt.

Portugal

Ein vielleicht aktuelleres Problem, bei dem auch Aussichten bestehen, durch einen aktiven Einsatz die Lage zu einem gewissen Grade zu verbessern, ist Portugal. In Portugal sind die sozialen Verhältnisse sehr schlecht geordnet, es bestehen keine demokratischen Freiheiten, freie Gewerkschaften sind verboten und der Polizeiterror verhindert in effektiver Weise, dass die Arbeiter in organisierten Formen für eine Verbesserung ihrer Lage sorgen können. Die Löhne in den übrigen Efta-Ländern sind 5 bis 9 Mal höher als in Portugal.

Portugal hat von seiner Mitgliedschaft bei der Efta ausserordentlich profitiert. Es ist deshalb durchaus realistisch zu fordern, dass die Regierungen der übrigen Efta-Länder Druck auf die portugiesische Regierung ausüben sollen, damit diese eine Reihe von praktischen Massnahmen an die Hand nimmt, die zu einer gewissen Demokratisierung sowie sozialen Verbesserungen in Portugal führen könnten. Die Efta-Gewerkschaften vertreten diese Forderung sehr entschlossen. Es wäre zu begrüssen, wenn auch die Unternehmerverbände sich diese Forderung zu eigen machen würden. So wäre es zum Beispiel sehr wertvoll, wenn schweizerische Unternehmerverbände sich bei der Schweizer Regierung in dem Sinne verwenden würden.

Leider wissen wir jedoch, dass in solchen Fragen die Auffassungen unter den Unternehmern sehr geteilt sind. Die Unternehmer sind daran interessiert, dass die soziale Lage und die demokratischen Rechte in anderen Ländern verbessert werden, wenn dies dazu beiträgt, dass dadurch preisbilligere Konkurrenz von jenen Ländern her unterbunden werden kann. Gleichzeitig versuchen jedoch viele Unternehmen, selber aus der Lage direkten Nutzen zu ziehen, indem sie ihre eigene Produktion in solche Länder verlegen, um ihrerseits von den infolge von Polizeiterror niedriggehaltenen Löhnen und schlechten Sozialbedingungen zu profitieren. So haben in den letzten Jahren eine Reihe schwedischer Unternehmen in der Textil- und Konfektionsindustrie Tochterbetriebe in Portugal gegründet, welche zusammen die doch recht beträchtliche Zahl von rund 2000 Leuten beschäftigen.

Urs Hauser, Stockholm